

(Abgeordneter Lange [Leipzig].)

A) sagen: Wir haben zur Beschaffung von billigem Saatgut für diejenigen mittleren und kleineren Landwirte, wie es hier in dem ersten Teil der Begründung heißt, die Saatgut kaufen mußten, damit keine Fläche un bebaut bleibt, das und das aufgewendet, kein Wort wäre gesagt worden. Beide Kammern waren gebunden durch ihre Beschlüsse zu dem Antrage Nr. 108. Glatte Weg wäre die Sache bewilligt worden. Die Bedeutung, die der Herr Minister soeben hervorgehoben hat, die die Kartoffeln für unsere Ernährung haben, erkennen wir ohne weiteres an. Die ist ganz gewaltig. Wir haben im vorigen Jahre eine gute Kartoffelernte gehabt. Darum ist uns die Notlage in der Ernährung, die wir im vorigen Frühjahr durchgemacht haben, in diesem Jahre erspart geblieben. Tatsächlich ist aber dabei die Anbaufläche in Sachsen um 10000 ha zurückgegangen, ja es ist möglich, daß sie schon die Jahre vorher zurückgegangen ist. Wir haben ja eine genaue Statistik nicht gehabt, aber man rechnet den Rückgang in einem Jahre auf 10000 ha, und das ist bei der Bedeutung, die die Kartoffel für die Volksernährung hat, natürlich ein bedrohliches Zeichen, und ganz entschieden war die Sache im Frühjahr, wo wir nicht wußten, ob uns nicht dieselbe Knappheit von 1917 wieder beschieden sein würde, wo wir heute noch nicht genau wissen, ob und wann man die Brot ration wird kürzen müssen, eine sehr ernste Frage. Was nun, wenn dieses Jahr kein gutes Kartoffeljahr wird? Dann würde mit Recht der Regierung und den Ständen der Vorwurf gemacht werden: Ihr habt nichts getan, die notwendigsten Nahrungsmittel zu vermehren, um vorbeugend zu wirken, daß nirgendwo eine Fläche Land unbenutzt bleibt, und seien es nur Quadratmeter, weil dafür kein Saatgut vorhanden war, wie es zum Teil im vorigen Jahre der Fall war, dann hätte man mit Recht Vorwürfe erhoben. Also niemand aus der Kammer wird gegen die Regierung den Vorwurf erheben, daß sie überhaupt etwas getan habe, aber wogegen sich die Vorwürfe richten, das ist dieses Prämiensystem, das das Reich abgelehnt hat, das hier in der Kammer bekämpft worden ist. Es ist hier direkt gesagt worden, die Deputation stehe auf dem Standpunkte, daß ein Mehranbau von Kartoffeln durch die Gewährung von Prämien nicht zu erzielen sei. Die Landwirtschaft werde auch ohne überspannte Preise, ohne Prämien und Zuschläge die Produktion der Kartoffeln fördern. Das ist direkt im Auftrage der Deputation berichtet und in dem Antrage Drucksache Nr. 108, den ich nicht wieder zitieren will, sind die Wege gewiesen worden, und jetzt fragt der Herr Minister: Was hätte geschehen können, welcher anderer Weg war gangbar? Die Regierung hat es doch selber mitgeteilt, daß sie bereits im Jahre 1917 eine Million

Zentner Saatkartoffeln aus Preußen hereingeht hat. (C) Außer dieser Million hat noch der Landeskulturrat, ich glaube, eine halbe Million — ich weiß die Zahl nicht genau aus dem Kopfe — bereitgestellt. Wenn die Regierung das getan und unter Aufwendung bedeutender Zuschüsse nun dieses Saatgut verteilt hätte, es würde ganz gewiß niemand dagegen Einwendungen haben, zumal wenn sie die kleine und mittlere Landwirtschaft damit besonders berücksichtigt hätte. Darauf legen wir besonderen Wert; die große Landwirtschaft, die versorgt sich schon von selbst. So allgemein verteilt, erscheinen die Geldbeihilfen aber als Prämien, die die Landwirtschaft selbst nicht gewollt hat.

Nun, meine Herren, besteht das Empfinden — es handelt sich nicht so sehr um die Summe, die angefordert wird, als um den Verteilungsmodus —: Wenn die Regierung uns den Nachweis erbracht hätte, in so und so vielen Fällen konnten wir einen Mehrbau erzielen durch Gewährung von Saatgut oder durch Beihilfen zur Beschaffung von Saatgut, dann hätte man über die Summe reden, diese Vorlage bewilligen können, diese runden Prämien, diese Kilometergelder, will ich einmal sagen. Daß man einfach pro Hektar so und so viel Mittel aufwendet, das ist gegen den Willen der Stände. Die Stände haben aber doch nun auch gewissermaßen ihr Recht für sich in Anspruch zu nehmen, wie die Regierung (D) auch so oft ihr Recht gegen uns betont, wo sie einfach sagt: da gibt es nichts, da weichen wir nicht davon ab. Es haben sich die Stände die Sache selbstverständlich auch überlegt, ehe sie dazu gekommen sind, diese Beschlüsse so zu fassen.

Nun ändert sich das Bild, nachdem Preußen 50 Millionen Mark bewilligte, nachdem Bayern eine Summe bewilligte, und zwar in Form der Prämien. Nun glaubte Sachsen nicht zurückstehen zu können. Darin erblicke ich den Grund, die Sache auf ein anderes Gleis zu bringen. Der Herr Minister hat vollständig recht zitiert, z. B. aus den Beratungen im Ernährungsbeirat. Wenn die Regierung nach den Erklärungen des Herrn Ministers gehandelt hätte: „die Regierung werde diesem Beschlusse der Kammer folgen, dabei aber ein reines Prämiensystem vermeiden“, dann wäre der Wille der Kammer geschehen. Aber, meine Herren, wenn der Herr Minister soviel zitiert hat aus den Beratungen des Ernährungsbeirates, so möchte ich doch einmal einen Redner weiter zurückgehen. Es war Erzellenz Dr. Mehnert, der in der Sitzung vom 5. Februar nicht anwesend gewesen war, wo einmütig, mit Zustimmung sämtlicher Landwirte, im Sinne der Beschlüsse der Zweiten und der Ersten Kammer die angeregte Anbauprämie als abgetan galt, der die Sache